

92. PEAG PERSONALDEBATTE zum FRÜHSTÜCK Berlin

„Die Rente ist sicher – Für wen, wie lange und wer zahlt sie?“

In der Rentenpolitik hat sich die Große Koalition viel vorgenommen: Für künftige Rentner soll es eine Garantie geben, eine Grundrente für Geringverdiener ist geplant, ein Teil der älteren Mütter erhält mehr Mütterrente, die Erwerbsminderungsrenten werden aufgestockt und es gibt eine neue Rentengarantie: Das Rentenniveau soll bis 2025 auf dem jetzigen Stand gehalten werden. Dazu muss allerdings die Rentenformel geändert werden. Falls sich die Konjunktur verschlechtert, könnte allein diese Garantie einen hohen Milliardenbetrag verschlingen, zu dem bisher jedoch noch keine verlässlichen Zahlen vorliegen. Am Ende könnte ein zweistelliger Milliardenbetrag den Beitragszahler belasten. Denn, der Bundeshaushalt soll das nicht tragen müssen, so die Entscheidung. Aufkommen sollen dafür die Beschäftigten und Arbeitgeber. Wie sehen dies Thomas Köster, Koordinator Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Mitglied in der Jungen Rentenkommission der Jungen Unternehmer und Michael Löher, Vorstand, Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge e. V.

„Problematisch ist die Haltelinie beim Rentenniveau. Bis 2025 bleiben wir auf Kosten der Reserve bei 48 Prozent“, so **Thomas Köster**. „Danach wird es heikel, denn dann würden Beitrag und Bundeszuschüsse bis 2060 explodieren. Das, was wir bei der Schuldenbremse erreicht haben, indem der Staat nicht auf Kosten der jüngeren Generation kalkuliert, müssten wir eigentlich auch im Beitragssystem umsetzen. Ich hoffe, die Rentenkommission hat hierfür einen Blick, auch wenn die meisten Mitglieder 2060 davon wahrscheinlich selbst nicht mehr betroffen sein werden.“

„Auch wenn die jetzige Rente sicher ist, so wird man allein aufgrund des demografischen Wandels nicht umhinkommen, mittelfristig nachzusteuern, betonte **Michael Löher**. „Längere Lebenszeit bedeutet dann auch, dem Arbeitsmarkt länger zur Verfügung zu stehen. Da wünsche ich mir von der Politik mehr Ehrlichkeit und weniger unhaltbare Wahlversprechen und Populismus. Für ein flexibleres Renteneintrittssystem, das die Belastungen berücksichtigt, muss die Politik verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die auch über eine Legislatur Gültigkeit haben.“